



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN
Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 02.03.2020 - 09

VBE Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zum Start der Masern-Impfpflicht **„KEINE WEITEREN MEHRBELASTUNGEN FÜR SCHULLEITUNGEN!“**

- VBE lehnt Kontrollen der Impfpflicht als zusätzliche Aufgaben für Schulen entschieden ab -

„Wir wehren uns dagegen, dass die Aufgabe den Impfstatus bei Schüler*innen und Beschäftigten zu kontrollieren den Schulleitungen als zusätzliche Verwaltungsaufgabe aufgebürdet wird. Kurz vor Inkrafttreten der Impfpflicht ist per "Rundverfügung" diese Mehrarbeit unvorbereitet und ohne zeitlichen Ausgleich angeordnet worden“, so Meyer in einer ersten Stellungnahme.

Dabei ist in dem betreffenden Bundesgesetz klar benannt, dass die oberste Landesgesundheitsbehörde entscheiden kann, dass der Nachweis über die Masernimpfung nicht der Leitung einer Einrichtung, sondern dem Gesundheitsamt oder einer anderen staatlichen Behörde vorzulegen ist. Es ist völlig unverständlich, dass den Schulen dennoch diese zusätzliche Aufgabe ohne Notwendigkeit übertragen wird.

Meyer dazu: „Die Erfassung des Impfstatus darf nicht Aufgabe der Schulen sein, sondern muss durch die Gesundheitsämter erfolgen. Das ist rechtlich möglich und notwendig“.

Es zeugt von Ignoranz und Realitätsferne, wenn die Politik bei ständig steigenden Verwaltungsaufgaben in ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht beachtet und nicht wahrhaben will, dass weitere Aufgaben nur mit entsprechenden zusätzlichen zeitlichen Ressourcen zu schaffen sind. Da hilft es auch nicht, dass den Schulen seitens des Kultusministeriums ein "Starter-Kit" mit rechtlichen Regelungen, Vordrucken und verpflichtenden Dokumentationen des Impfstatus zur Verfügung gestellt werden soll. Allein die Aufgabenbeschreibung zeigt schon, dass ab sofort auf die Schulen umfangreiche zusätzliche Aufgaben zukommen werden, auch wenn das Ministerium noch versucht in der Pressemitteilung den Aufwand kleinzureden.

Meyer fordert abschließend: „Wir erwarten eine klare Ansage durch das Kultusministerium, welche weiteren Aufgaben noch auf die Schulleitungen zukommen. Neue Schulleiter*innen kann man nicht mit weiteren Belastungen gewinnen, sondern mit Entlastungen bei den Verwaltungsaufgaben, mit einer drastischen Absenkung der Unterrichtsverpflichtung und einer angemessenen Bezahlung von mindestens A14 für alle Schulleitungen sowie mindestens A13 für alle Konrektoren wie dies z. B. in Nordrhein-Westfalen längst üblich ist“.